

economiesuisse Newsletter 07/10



Tag der Wirtschaft: 10 Jahre economiesuisse

Unter dem Motto „Innovation und Offenheit als Chance“ fand am 3. September in Basel der Tag der Wirtschaft statt. Rückblickend belegt die international einzigartige Krisenbewältigung eindrücklich die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen und des Wirtschaftsstandorts Schweiz. [mehr »](#)



Pascal Gentinetta
Direktor economiesuisse

Rechnungslegung: KMU-Verträglichkeit sicherstellen!

Die laufende Reform des Rechnungslegungsrechts betrifft alle privaten Unternehmen der Schweiz. Dies unabhängig davon, ob sie als AG, als GmbH, als Genossenschaft oder als Verein organisiert sind. Deshalb ist es richtig, dass die Reform der Rechnungslegung von jener des Aktienrechts, die nur AGs betrifft, getrennt wurde. Der Erstrat hat einige Anliegen von economiesuisse aufgenommen. Nun ist der Nationalrat aufgerufen, die Vorlage im Interesse der KMU in weiteren Punkten zu verbessern.

Einerseits ist dafür zu sorgen, dass das Gebot der Steuerneutralität strikt beachtet wird. Andererseits ist unnötiger Aufwand zu vermeiden. So sollte dem Antrag der vorberatenden Kommission, der die Schwelle zur ordentlichen Revisionspflicht erhöhen will, Folge geleistet werden. Diese Schwelle wurde bei der seinerzeitigen Reform der Revisionspflichtbestimmungen viel zu tief angesetzt – mit teuren Folgen. Deshalb sind heute viel zu viele KMU dazu gezwungen, beispielsweise die Existenz eines internen Kontrollsystems (IKS) prüfen zu lassen. Das hat unnötige kostentreibende Wirkung. Dieser Fehler darf sich im Interesse der KMU bei der Rechnungslegung nicht wiederholen. Deshalb: Bitte Schwelle anheben!

Der langsame Umbau der globalen Energieversorgung

Neuere Untersuchungen aus den USA zeigen, dass der Umbau der Energieversorgung viel mehr Zeit benötigt, als bisher erwartet wurde. Dies hängt damit zusammen, dass die wichtigsten heutigen Energieträger sehr effizient gefördert und eingesetzt werden. [mehr »](#)

Grafik des Monats: Wichtiges Briefsegment für Kunden in der Schweiz sehr teuer

Arbeitslosenversicherung: Noch höhere Lohnabzüge verhindern

Am 26. September kommt die Revision der hochverschuldeten Arbeitslosenversicherung vors Volk. Nur eine Sanierung, die auf Beitrags- und Leistungsseite ansetzt, ist fair und von Dauer. Die Vorlage wird von einer breiten Allianz aus Gewerbe, bürgerlichen Parteien und Wirtschaft unterstützt. [mehr »](#)

Institutionelle Revolution im Kartellrecht

Der Bundesrat will die Behörden im Kartellrecht neu strukturieren. Damit trägt er den Forderungen nach einem rechtsstaatlich korrekten Verfahren Rechnung, die auch economiesuisse in der Kartellrechtsevaluation erhoben hat. economiesuisse begleitet den Vernehmlassungsprozess am 12. Oktober 2010 mit einem Seminar. [mehr »](#)

Kolumne aus Brüssel: EU will konzerninterne Entsendung qualifizierter Fachkräfte aus Drittstaaten erleichtern

Treffen mit Staatspräsident von Ghana

Anlässlich seines offiziellen Besuchs in der Schweiz traf sich der ghanaische Staatspräsident Prof. John Evans Atta Mills am 31. August 2010 in Zürich mit einer Delegation von Wirtschaftsvertretern. [mehr »](#)

Bericht zum rechtlichen Regelungsbedarf bei der eHealth-Strategie

Die Expertengruppe des Bundes hat einen Bericht zur eHealth-Strategie vorgelegt. economiesuisse sieht den rechtlichen Handlungsbedarf in drei Bereichen: Geklärt werden müssen die Identifikation und Authentifizierung der Akteure, die Standardisierung sowie der Datenschutz. Leider bleibt der Bericht in vielen Bereichen vage und behandelt diese drei Themen nicht befriedigend. [mehr »](#)

Schwerpunkte unserer Mitglieder: VSGU-Qualitätslabel auf der Zielgeraden

Investitionshemmnisse beseitigen

Wer in der Schweiz ein Bauprojekt umsetzen will, muss viele Hindernisse überwinden. Aus Sicht der Wirtschaft gehören derartige bau- und planungsrechtliche Investitionshemmnisse möglichst abgebaut. Leitlinien einer Expertengruppe sollen als Orientierungshilfe dienen. [mehr »](#)

KMU-Portrait: „Die Leute erkennen unsere Möbel“

Nationale Bildungsstandards müssen umfassender sein

Im Zuge von HarmoS hat die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) der Öffentlichkeit die Nationalen Bildungsstandards präsentiert. economiesuisse unterstützt diese, fordert aber, dass die Schüler umfassender analysiert werden. Zudem müssen die Standards besser mit den Berufsverbänden abgeglichen werden. [mehr »](#)

Mehrwertsteuer: Inkonsequenter Entscheid der nationalrätlichen Wirtschaftskommission

Die Wirtschaftskommission des Nationalrats hat beschlossen, die Vorlage zur Vereinfachung der Mehrwertsteuer an den Bundesrat zurückzuweisen. Dieser Entscheid ist unverständlich und inkonsequent. Die Mehrheit der Kommission verlangt vom Bundesrat eine Vorlage, welche die heutige Mehrwertsteuer zementiert und die Probleme noch verschlimmert. [mehr »](#)

ICC/ifo-Umfrage: Aufschwung setzt sich verlangsamt fort

Die Weltwirtschaft erholt sich laut der aktuellen Konjunkturumfrage der Internationalen Handelskammer (ICC) und des ifo-Instituts weiterhin von der schlimmsten Rezession seit Jahrzehnten. Allerdings erlebten einige Regionen, besonders Nordamerika und Asien, ein gebremstes Wachstum. Außerdem zeigen sich zwischen den einzelnen Regionen deutliche Unterschiede bezüglich der Wachstumsaussichten. Befragt wurden 1103 Experten aus 116 Ländern. [mehr »](#)

Ganzen Newsletter drucken (PDF, 18 Seiten, 250 KB)

Agenda

- 20.09. Vernehmlassung: Parlamentarische Initiative. Mehr Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten. Änderung von Artikel 210 OR
- 20.09. Vernehmlassung: Totalrevision des Alkoholgesetzes: Entwurf eines Spirituosensteuergesetzes und eines Alkoholgesetzes
- 23.09. Vernehmlassung: Änderung der Verordnung über die Bekanntgabe von Preisen (PBV)
- 26.10. Kongress: 4. Schweizerischer Luftfahrtkongress
- 28.10. Seminar: Uniform Rules For Demand Guarantees

Publikationen

- » Medienmitteilung: Schweiz – Deutschland: nicht nur Nachbarschaft, sondern auch Partnerschaft
- » Starke Wirtschaft, starke Schweiz – economiesuisse Jubiläumsbroschüre
- » Referat: Intakte Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen
- » Medienmitteilung: Wolfgang Schäuble lobt Verhältnis zur Schweiz
- » Medienmitteilung: economiesuisse wählt neue Vorstandsmitglieder
- » Medienmitteilung: Poststellen-Initiative schwächt die Kunden und die Post
- » Medienmitteilung: Abstimmungsparolen: einmal Ja, einmal Nein
- » Presseartikel: Nationales Selbstbewusstsein
- » dossierpolitik: Schuldenkrise erfordert Haushaltskonsolidierung
- » Positionspapier: Umsetzung „Strategie eHealth Schweiz“
- » Vernehmlassungsantwort: Regulierung der Eigenmittelunterlegung und Risikoverteilung
- » dossierpolitik: Postmarkt: Wettbewerb stärkt den Service public



Tag der Wirtschaft: 10 Jahre economiesuisse

09.09.2010 17:00

Unter dem Motto „Innovation und Offenheit als Chance“ fand am 3. September in Basel der Tag der Wirtschaft statt. Rückblickend belegt die international einzigartige Krisenbewältigung eindrücklich die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen und des Wirtschaftsstandorts Schweiz.



Gastgeber Dr. Daniel Vasella, Verwaltungsratspräsident der Novartis AG, erläuterte in seiner Begrüssungsansprache die Bedeutung des Novartis Campus im Zeitalter des globalen Innovationswettbewerbs. Für den Standort Schweiz ist Vasella optimistisch, falls es Wirtschaft und Politik gelingt, eine „strukturelle Partnerschaft“ zu bilden und die Schweiz wirtschafts-, gesellschafts- und bildungspolitisch auf die Verhältnisse des 21. Jahrhunderts einzustellen.

Trotz mahnender Worte ist auch economiesuisse-Präsident Gerold Bührer zuversichtlich. Schlagzeilenträchtigem Negativismus erteilt Bührer eine Abfuhr. Die Schweiz befinde sich wirtschaftlich in einer erstaunlich guten Verfassung. Sinkende Arbeitslosenzahlen, erfreuliche Exportzahlen und dank der Schuldenbremse gesunde öffentliche Finanzen belegen das. Für Bührer basiert dieser Erfolg insbesondere auf vier Pfeilern: einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, Offenheit, Eigeninitiative und der bewährten Sozialpartnerschaft. Die Schweizer Wirtschaft werde aber aufgrund der gravierenden Verschuldungs- und Euro-Krise weiterhin gefordert sein. „Kosten- und Innovationsführerschaft müssen daher Priorität haben“, verlangt Bührer. Die Spitzenposition der Schweiz müsse im globalen Wettbewerb stets von Neuem erkämpft werden, mahnte Bührer.

Gastredner war in diesem Jahr der deutsche Bundesfinanzminister, Dr. Wolfgang Schäuble. Er zog Parallelen zwischen der Schweiz und Deutschland im Hinblick auf die Reaktionen der Politik auf die Finanz- und Wirtschaftskrise, die einen Beitrag dazu geleistet hätten, dass beide Länder wirtschaftlich nun schon wieder recht gut dastehen. Um auch in einer immer stärker globalisierten Welt wirtschaftlich erfolgreich zu sein, müsse Europa noch schlagkräftiger werden und seine Märkte noch besser verzahnen. Das Nachbarschaftsverhältnis zwischen Deutschland und der Schweiz sei trotz kleinerer Meinungsverschiedenheiten insbesondere zu Steuerfragen in den vergangenen Jahren ungetrübt. Auch dort, wo noch solche Meinungsverschiedenheiten bestehen, sei man auf einem guten Weg zu einer fairen, partnerschaftlichen Lösung. Um die grossen Herausforderungen der Zukunft – Verknappung der Ressourcen, Umweltschutz oder die demografische Entwicklung – bewältigen zu können, braucht es neue, innovative Denkansätze.

Laut Bundespräsidentin Leuthard liegt die Zukunft nicht im Verwalten und Anpassen, sondern in der Neuentwicklung von Produkten – etwa in den Bereichen Cleantech oder Medtech. Deshalb seien Bildung, Forschung und Innovation der Motor für herausragende Leistungen und für Wachstum. Aus diesem Grund müssten die Kräfte von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gebündelt werden; etwa mit der Cleantech-Initiative des Bundes sowie den neu aufgebauten Exportplattformen MedTech und Ingenious Switzerland. Innovation sei ein wertschöpfender Prozess, der dann zu einem Mehrwert führe, wenn er Nutzen für die Gesellschaft und Arbeitsplätze bringe. Wer als Gesellschaft vorurteilslos, neugierig und kreativ unkonventionelle Wege gehe, komme voran.

Der Forschungsstandort Schweiz stand auch im Zentrum einer hochkarätigen Expertenrunde mit Dr. René Imhof, Direktor Roche Pharma Forschung, Prof. Dr. Patrick Aebischer, Präsident ETH Lausanne, und Prof. Dr. Rudolf Minsch, Mitglied der Geschäftsleitung economiesuisse.

Bilder vom Tag der Wirtschaft finden Sie [hier](#).

Mehr Informationen:

[Neue Vorstandsmitglieder](#)

[Medienmitteilung Tag der Wirtschaft](#)

[Referat Gerold Bühler](#)

[Pressemappe](#)

[Jubiläumsbroschüre economiesuisse](#)

Rückfragen:

ursula.fraefel@economiesuisse.ch



economiesuisse

Der langsame Umbau der globalen Energieversorgung

09.09.2010 17:00

Neuere Untersuchungen aus den USA zeigen, dass der Umbau der Energieversorgung viel mehr Zeit benötigt, als bisher erwartet wurde. Dies hängt damit zusammen, dass die wichtigsten heutigen Energieträger sehr effizient gefördert und eingesetzt werden.

Ein Blick in die globale Geschichte der Energieträger zeigt, dass unsere Vorfahren bis zum Ende des 19. Jahrhunderts Holz als wichtigste Energiequelle nutzten. Nach 1850 wurde die Kohle zum wichtigsten Energieträger. Seit dem ersten Weltkrieg kam das Erdöl auf und entriess ab 1950 der Kohle die Bedeutung als wichtigster Energieträger. Rund 20 Jahre später stieg das Erdgas zur zweitwichtigsten Energiequelle auf. Erst Mitte der 1970er Jahre trat die Kernenergie an die vierte Stelle, gefolgt Wasserkraft und anderen erneuerbaren Energien.

In den letzten Jahren haben die im Bereich der Rohstoffförderung tätigen Unternehmen enorme Mittel in Innovationen investiert. Allein 2007 investierten in den USA mehr als 5000 unabhängige Öl- und Gasunternehmen 226 Milliarden US-Dollar in neue Bohranlagen und Ausrüstung. Mittlerweile kann bis in eine Tiefe von rund zehn Kilometern und mehr gebohrt werden. Trotz Prognosen vieler Experten über ein baldiges Ende der Versorgung durch fossile Energien ist kein Ende absehbar. Ganz im Gegenteil, die Reichweite der Erdgasversorgung wurde mit über 100 Jahren noch nie so weit geschätzt wie heute.

Für die Energienachfrage ist die Deckung des Strombedarfs entscheidend. Seit 1990 ist die weltweite Nachfrage nach Strom etwa dreimal schneller gewachsen als die Nachfrage nach Öl. In jedem Land, zu jeder Zeit und ohne Ausnahme geht der Stromverbrauch Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Entwicklung. In allen rasch wachsenden Ländern Asiens sind die Stromerzeugungskapazitäten ständig knapp. In diesen Ländern wird dafür in erster Linie auf die leicht verfügbare Kohle zurückgegriffen. Die Menschheit kann deshalb auf sehr lange Zeit hinaus nicht auf die herkömmlichen Energien verzichten.

Rückfragen:

urs.naef@economiesuisse.ch



economiesuisse

[Home](#) > [Aktuell](#) > [Newsletter](#) > 07/10

Grafik des Monats: Wichtiges Briefsegment für Kunden in der Schweiz sehr teuer

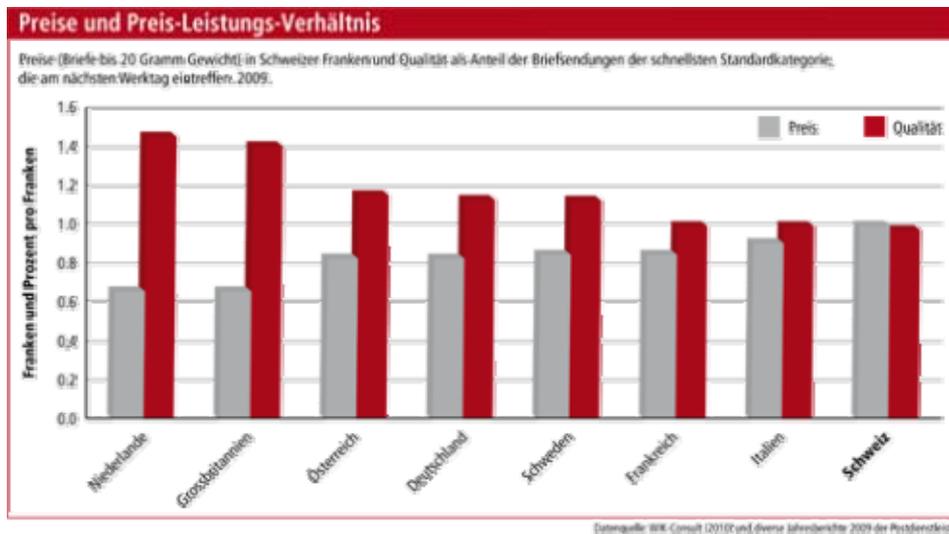
09.09.2010 17:00

Briefe mit einem Gewicht bis 20 Gramm sind das wichtigste Inlandbriefsegment. Genau dort ist der Preis in der Schweiz im internationalen Vergleich aber sehr hoch. Die Zustellqualität ist zwar ebenfalls hoch, vermag den hohen Preis international betrachtet aber nicht zu kompensieren. Resultat ist ein schlechtes Preis-Leistungs-Verhältnis in diesem Monopolbereich.

Die Zuverlässigkeit der Briefzustellung ist in der Schweiz sehr hoch. 97,7 Prozent aller Briefe der schnellsten Standardkategorie (A-Post) erreichten im Jahr 2009 ihr Ziel am nächsten Werktag. Der Preis für diese leichten Briefe ist in der Schweiz international betrachtet aber ebenfalls sehr hoch, wie der Postregulator regelmässig festhält.

economiesuisse hat die offiziellen Daten für die Laufzeiten und die entsprechenden Preise der Schweizerischen Post für Briefe bis 20 Gramm Gewicht international verglichen. Diese machen 44 Prozent der inländischen Briefpost aus und gehören zum Monopolbereich der Post.

Vergleicht man die Qualität der Briefzustellung pro bezahlten Schweizer Franken für den schnellsten Brief à 20 Gramm, schneiden die Niederlande und Grossbritannien sehr gut ab. Diesbezüglich ein ebenfalls gutes Preis-Leistungs-Verhältnis bieten Österreich, Deutschland und Schweden. Relativ schlecht schneiden Italien und Frankreich ab. Die Schweizerische Post liegt in diesem Vergleich trotz sehr hoher Sendungsmengen pro Kopf hinter den Preis-Leistungs-Verhältnissen dieser beiden Länder zurück. Die sehr gute Zustellqualität der Schweizerischen Post vermag in diesem Vergleich den hohen Preis nicht zu kompensieren.



Auffallend ist, dass diejenigen europäischen Länder, die mit besserem Preis-Leistungs-Verhältnis als die Schweiz abschneiden, ihren Postmarkt bereits geöffnet haben (Schweden 1993, Grossbritannien 2006, Deutschland 2008, Niederlande 2009). Ferner fällt in Grossbritannien, Deutschland, Niederlande und Schweden der hohe Anteil der Agenturen auf. In der Schweiz ist der Agenturanteil sehr tief. Damit sich die Situation für Kunden bessert, sind der Markt zu öffnen und der Schweizerischen Post mehr unternehmerische Freiheiten zuzugestehen.

Mehr Informationen:



dossierpolitik „Postmarkt: Wettbewerb stärkt den Service public“

Rückfragen:

stefan.vannoni@economiesuisse.ch



economiesuisse

Arbeitslosenversicherung: Noch höhere Lohnabzüge verhindern

09.09.2010 17:00

Am 26. September kommt die Revision der hochverschuldeten Arbeitslosenversicherung vors Volk. Nur eine Sanierung, die auf Beitrags- und Leistungsseite ansetzt, ist fair und von Dauer. Die Vorlage wird von einer breiten Allianz aus Gewerbe, bürgerlichen Parteien und Wirtschaft unterstützt.

Die Sanierung erfolgt auf Einnahmen- und Ausgabenseite und ist deshalb ausgewogen und fair; niemand wird übermässig belastet. Auf der Beitragsseite werden die Lohnabzüge moderat von 2,0 auf 2,2 Prozent erhöht. Zudem wird ein Solidaritätsprozent auf hohe Löhne erhoben. Auf der Ausgabenseite werden Fehlanreize abgebaut und Missbrauch bekämpft, denn auch bei der ALV gibt es schwarze Schafe. Die Grundleistungen der Versicherung werden nicht angetastet, Höhe und Dauer des Taggeldbezugs bleiben gleich. Nur muss man neu beispielsweise auch eineinhalb Jahre einzahlen, um eineinhalb Jahre beziehen zu können. Das sichert die Arbeitslosenversicherung nachhaltig und verhindert, dass jemand mehr bezieht, als ihm zusteht.

Bei einem Nein erfolgt die Sanierung lediglich über noch höhere Lohnabzüge. Fehlanreize und Missbrauch werden nicht bekämpft. Stattdessen ist der Bundesrat gezwungen, die Lohnabzüge für die ALV um 0,5 Prozentpunkte zu erhöhen. Die Sanierungslast liegt dann einseitig auf den Schultern von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Dabei steigen die Abgaben für die Sozialwerke im nächsten Jahr mit Erhöhungen bei der Mehrwertsteuer (für die IV), höheren Krankenkassenprämien und höheren Beiträgen für die Erwerbsersatzordnung ohnehin schon markant an. Der Bevölkerung bleibt somit immer weniger in der Tasche. Aber auch für die Unternehmen, die sich aufgrund der Wirtschaftslage und des starken Euro sowieso in einer schwierigen Lage befinden, sind immer höhere Lohnabzüge gefährlich. Die einseitige Sanierung der ALV ist deshalb keine Alternative zur ausgewogenen und fairen Sanierung auf Beitrags- und Leistungsseite.

Rückfragen:

eva.matter@economiesuisse.ch



economisesuisse

Institutionelle Revolution im Kartellrecht

09.09.2010 17:00

Der Bundesrat will die Behörden im Kartellrecht neu strukturieren. Damit trägt er den Forderungen nach einem rechtsstaatlich korrekten Verfahren Rechnung, die auch economisesuisse in der Kartellrechtsevaluation erhoben hat. economisesuisse begleitet den Vernehmlassungsprozess am 12. Oktober 2010 mit einem Seminar.

Die Verfahren im Kartellrecht sollen schneller und die Behörden unabhängiger werden. Diese Ziele verfolgt der Bundesrat mit der Revision des Kartellgesetzes. Der zur Vernehmlassung stehende Gesetzesentwurf sieht deshalb unter anderem eine schon fast revolutionäre Umgestaltung der Institutionen vor. Die Untersuchungsbehörde und die Entscheidungsinstanz werden strikte voneinander getrennt. Ein Bundeswettbewerbsgericht wird geschaffen und das Sekretariat der Wettbewerbsbehörde (WEKO) zur Anklagebehörde „aufgewertet“. Neu führt das Sekretariat die Untersuchungen und stellt dem Gericht Anträge. Heute entscheidet die Wettbewerbskommission über den Antrag des Sekretariats. Die Neustrukturierung soll die Rechtsstaatlichkeit verbessern und die Qualität und Geschwindigkeit der kartellrechtlichen Entscheide erhöhen. Mit seinem Vorschlag nimmt der Bundesrat verschiedene Empfehlungen der Evaluationsstudie [Unternehmen im Wettbewerb](#) von economisesuisse auf. Die Vernehmlassungsfrist läuft noch bis zum 19. November 2010.

Auf konstruktive, aber auch kritische Art begleiten economisesuisse und das Europa Institut an der Universität Zürich die Vernehmlassung mit einer Veranstaltung. Der Anlass findet am 12. Oktober 2010 in Zürich statt. In einem ersten Teil berichten Unternehmen über ihre praktischen Erfahrungen und zeigen anhand von Erlebnisberichten, „wo der Schuh drückt“ und welche Probleme zu lösen sind. Experten präsentieren anschliessend ihre Sicht der Dinge und diskutieren in einem weiteren Schritt, ob die vorgeschlagenen Revisionspunkte die angesprochenen Probleme tatsächlich lösen könnten.

Anmeldung unter [diesem Link](#) bis Montag, 4. Oktober 2010.

Mehr Informationen:

[Programm Seminar Kartellrecht](#)

Rückfragen:

thomas.pletscher@economisesuisse.ch



Kolumne aus Brüssel: EU will konzerninterne Entsendung qualifizierter Fachkräfte aus Drittstaaten erleichtern

09.09.2010 17:00

Im Rahmen der Bemühungen der EU, die legale Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften in die EU zu fördern, hat die Kommission einen Richtlinienvorschlag vorgelegt. Dieser Vorschlag soll es multinationalen Unternehmen erleichtern, qualifizierte Drittstaatsangehörige aus einem Unternehmen mit Sitz ausserhalb der EU vorübergehend in Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen in EU-Ländern zu entsenden.

Im Oktober 2008 einigten sich die EU-Mitgliedstaaten im Europäischen Pakt zur Einwanderung und Asyl auf eine kohärente Politik zur Bewältigung der Migrationsprobleme Europas. Seither wurde diese Politik in einem strategischen Plan zur legalen Zuwanderung und im nun vorliegenden Richtlinienvorschlag konkretisiert. Zudem schlägt die Kommission gemeinsame Einreise- und Aufenthaltsbedingungen für Saisonarbeitnehmer vor.

Der Richtlinienvorschlag sieht ein transparentes und vereinfachtes Zulassungsverfahren für konzernintern entsandte Arbeitnehmer vor. Er stützt sich auf einheitliche Begriffsbestimmungen und harmonisierte Kriterien. Ziel des Vorschlages ist es, insbesondere multinationalen Unternehmen zu erleichtern, ihre hochqualifizierten Fach- und Führungskräfte innerhalb des Konzerns in die EU zu entsenden. Sie würden eine besondere Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten, die sie berechtigt, ihren Entsendungsauftrag in mehreren zum gleichen Unternehmen gehörenden Niederlassungen wahrzunehmen. Diese Bewilligung soll sich auch auf Niederlassungen in mehreren EU-Staaten beziehen können. Dank dieser Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis würden den Fach- und Führungskräften im ersten Mitgliedstaat auch günstige Bedingungen für die Familienzusammenführung gewährt.

Die Kommission hat die Vorschläge am 13. Juli Parlament und Rat übergeben. Wie in solch politisch heiklen Themen üblich, wird nicht mit einer raschen Verabschiedung gerechnet.

Rückfragen:

francois.baur@economiesuisse.ch



Treffen mit Staatspräsident von Ghana

09.09.2010 17:00

Anlässlich seines offiziellen Besuchs in der Schweiz traf sich der ghanaische Staatspräsident Prof. John Evans Atta Mills am 31. August 2010 in Zürich mit einer Delegation von Wirtschaftsvertretern.

In seiner Ansprache hob der ghanaische Präsident die langjährige Verbundenheit und Freundschaft zwischen der Schweiz und Ghana hervor. Unter Verweis auf die guten politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen rief er die Schweizer Unternehmen zu Investitionen in Ghana auf.

Seitens economiesuisse wurde der ghanaische Präsident durch Dr. David P. Frick, Mitglied der Geschäftsleitung von Nestlé S.A. und des Vorstands von economiesuisse, begrüsst. In seiner Rede erwähnte Dr. David P. Frick neben den guten politischen Rahmenbedingungen Ghanas auch dessen wirtschaftliche Bedeutung als regionaler Hub in Westafrika. In Ghana selber beschäftigt Nestlé heute über 1,000 Mitarbeiter.

In den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ghana und der Schweiz dominiert derzeit der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten, vor allem mit Kakaobohnen. So importiert die Schweiz heute über die Hälfte ihrer Kakaobohnen-Nachfrage aus Ghana. Bei den Schweizer Exporten nach Ghana stehen Maschinen (52 Prozent) im Vordergrund, gefolgt von pharmazeutischen Produkten (31 Prozent). Die wirtschaftliche Bedeutung Ghanas dürfte mit dem kurz bevorstehenden Beginn der Produktion von Erdöl in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen.

Eindrücke vom Meeting:

[Bildmaterial](#)

Rückfragen:

urs.furrer@economiesuisse.ch



economiesuisse

Bericht zum rechtlichen Regelungsbedarf bei der eHealth-Strategie

09.09.2010 17:00

Die Expertengruppe des Bundes hat einen Bericht zur eHealth-Strategie vorgelegt. economiesuisse sieht den rechtlichen Handlungsbedarf in drei Bereichen: Geklärt werden müssen die Identifikation und Authentifizierung der Akteure, die Standardisierung sowie der Datenschutz. Leider bleibt der Bericht in vielen Bereichen vage und behandelt diese drei Themen nicht befriedigend.

Mittels neuer Informations- und Kommunikationstechnologien können erhebliche Synergien und Qualitätsverbesserungen im Gesundheitswesen erzielt werden. Wie diese Vorteile realisiert werden können, ist Gegenstand der eHealth-Strategie von Bund und Kantonen. Eine Expertengruppe des Bundes hat dazu nun einen Bericht vorgelegt.

Der Bericht konzentriert sich auf die rechtliche Regelung des sogenannten ePatientendossiers. Diese elektronischen Dossiers sollen in der Grundversicherung zur Anwendung kommen und die Behandlungen der Patienten protokollieren. Als Startpunkt für eine elektronische Akte ist der Behandlungsbeginn vorgesehen. Dies ist aus Sicht der Wirtschaft nicht zweckmässig. Nach dem Prinzip „von der Wiege bis zur Bahre“ soll eine elektronische Gesundheitsakte vielmehr das ganze Leben abdecken. Es ist deshalb erforderlich, dass eHealth vor dem ersten Krankheitsfall beginnt. Auch Gesunde müssen von der elektronischen Vernetzung im Gesundheitsbereich profitieren können, denn Gesundheitsinformationen sind bereits für die Krankheitsprävention essenziell. Das Wissen um den eigenen Gesundheitszustand stärkt die Gesundheitskompetenz. Damit können Risikofaktoren reduziert und vermeidbare Krankheiten verhindert werden. Die Frage, ob es ein neues eHealth-Gesetz braucht, beantwortet der Bericht mit einem zögernden Ja. Die Wirtschaft dagegen ist überzeugt, dass kein neues Gesetz erforderlich ist. Ein spezifisches E-Banking-Gesetz war auch nicht nötig, um den elektronischen Austausch im Bankenwesen voranzutreiben. Besser sollte man bestehende Gesetze anpassen, damit der rechtliche Regelungsbedarf abgedeckt werden kann.

Damit das digitale Zeitalter im Gesundheitswesen aber Einzug hält, sind nicht nur technische Fragen wie die Authentifizierung der Akteure und die Standardisierung zu klären. Vor allem muss das Vertrauen in den elektronischen Austausch von sensiblen Daten gestärkt werden. Dies kann man mit spezifischen Datenschutzregelungen erreichen sowie mit der Zertifizierung von Anbietern. Ein neues eHealth-Gesetz birgt dagegen die Gefahr einer Überregulierung und verzögert überdies eine rasche gesetzliche Verankerung der notwendigen Vorschriften.

Mehr Informationen:



[Positionspapier zur Umsetzung „Strategie eHealth Schweiz“](#)

Rückfragen:

fridolin.marty@economiesuisse.ch



Schwerpunkte unserer Mitglieder: VSGU-Qualitätslabel auf der Zielgeraden

09.09.2010 17:00

Der Verband Schweizerischer Generalunternehmer (VSGU) wurde 1970 als gesamtschweizerisch anerkannter Wirtschaftsverband gegründet. Er bezweckt den Zusammenschluss von General- und Totalunternehmungen der schweizerischen Bauwirtschaft zwecks Wahrung und Förderung der gemeinsamen Berufs- und Standesinteressen im In- und Ausland.

Der Verband zählt heute 22 Mitgliedfirmen mit etwa 70 Niederlassungen mit über 2'500 motivierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen und erzielt einen Umsatz von rund 6 Mrd. Franken. Diese Firmen gewähren den Bauherren bei der Erfüllung von werkvertraglichen Leistungen umfassende Garantien bezüglich Termin, Qualität und Preis eines Bauwerks.

Vor kurzem lancierte der Verband Schweizerischer Generalunternehmer (VSGU) sein Qualitätslabel. Mit diesem Label sollen sich die im VSGU zusammengeschlossenen Generalunternehmer (GU) in der öffentlichen Wahrnehmung als korrekt arbeitende GU und seriöse Partner besser positionieren und differenziert sichtbar werden. Die Träger des, zusammen mit der Schweizerischen Vereinigung für Qualitäts- und Managementsysteme (SQS) entwickelten, VSGU/SQS-Label bieten Gewähr, dass es sich um eine vorbildliche, zuverlässige und fachkompetente Generalunternehmung handelt, die korrekt und nach festgelegten, überprüfbaren Kriterien arbeitet.

Vom VSGU-Label verspricht sich Patrick Krähenmann, Vizepräsident des Verbandes „eine noch bessere Erfüllung der Kundenerwartungen und einen Innovationsvorsprung gegenüber der Konkurrenz“. Das Image der Generalunternehmer, die nach dem Label und den Standesregeln arbeiten und ihre Termine einhalten, soll aufgewertet werden, indem man sich spürbar von den „nicht zertifizierten Auch-GU“ der Branche abhebt. Gleichzeitig soll signalisiert werden, dass gewisse nicht kalkulierbare Risiken wie bsp. Altlasten oder Gesetzesänderungen während der Bauzeit dem Bauherrn nicht mehr vorbehaltlos abgenommen werden.

Mehr Informationen:

info@vsgu.ch

www.vsgu.ch



economiesuisse

Investitionshemmnisse beseitigen

09.09.2010 17:00

Wer in der Schweiz ein Bauprojekt umsetzen will, muss viele Hindernisse überwinden. Aus Sicht der Wirtschaft gehören derartige bau- und planungsrechtliche Investitionshemmnisse möglichst abgebaut. Leitlinien einer Expertengruppe sollen als Orientierungshilfe dienen.

In der Schweiz Bauprojekte mit einer gewissen Tragweite zu realisieren, ähnelt – aus vielen Gründen – einem Hindernislauf: komplexe Rechtsverhältnisse, keine schweizweit harmonisierten Bauvorschriften, einschränkende Praktiken, langwierige Verfahren und zu häufige Missbräuche des Beschwerderechts durch Umweltschutzorganisationen. Alle diese Hindernisse wirken zeitverzögernd und verursachen eine Kostenexplosion zu Lasten der Investoren und letztlich auch der Bevölkerung. Sie hemmen das Wachstum und reduzieren Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Das gilt für Unternehmen jeder Grösse vom KMU bis zum Grosskonzern –, aber auch für den Staat selbst.

Die Wirtschaft anerkennt, dass eine intakte Umwelt ein entscheidender Standortfaktor für die Lebensqualität in der Schweiz ist. Die wirtschaftliche Entwicklung ist jedoch zentral für unseren Wohlstand und muss in der Abwägung entsprechend gewichtet werden. Im Standortwettbewerb ist es entscheidend, dass Investitionsprojekte rascher realisiert werden und dass die Regulierungs- und Bürokratiekosten gesenkt werden können.

Hauptforderungen der Wirtschaft aus einer gesamtheitlichen Sicht sind:

- Raumplanungs- und Umweltschutzvorschriften müssen unter stärkerer Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte aufeinander abgestimmt werden. Bei der Beurteilung von Projekten darf nicht nur auf Umweltkriterien fokussiert werden. Die Bürokratie um Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) sind abzubauen.
- Im Rahmen der Richtplanung soll die Wirtschaft ein grösseres Mitspracherecht erhalten.
- Die Baugesetzgebung soll vereinheitlicht, aber nicht zentralisiert werden.
- Die Eigentumsfreiheit von Grundeigentümern muss gewahrt bleiben.
- Verfahren müssen rasch und berechenbar sein. Sie sind zu vereinfachen und zu vereinfachen. Den Bedürfnissen der Unternehmen jeder Grösse ist genügend Rechnung zu tragen. Zur Erleichterung der Realisierung von Projekten sind auch die Bauvorschriften der Kantone und Gemeinden von Bedeutung. Entsprechend sind Vereinheitlichungen und Vereinfachungen notwendig.

Rückfragen:

sandra.spieser@economiesuisse.ch



economiesuisse

KMU-Portrait: „Die Leute erkennen unsere Möbel“

09.09.2010 17:00

Der Appenzeller Thomas Sutter baut und verkauft Massivholzmöbel. Obwohl es dafür mehr als genug Anbieter gibt, tut er das mit Erfolg; sein Einzugsgebiet umfasst mittlerweile die ganze Schweiz.

„Man muss seine eigene Handschrift entwickeln“, entgegnet Thomas Sutter auf die Frage, wie er als Appenzeller Möbelschreiner im übersättigten Einrichtungsmarkt überlebt. Sutter weiss aber auch, dass die Individualität nicht das einzige Argument bleiben kann, damit die Kundschaft den Preisunterschied zwischen einem Tisch vom Möbelhaus und demjenigen vom Schreiner akzeptiert. Das Besondere an seinen Kreationen, die er alle selbst entwirft, sei die Genauigkeit der Verarbeitung, die Servicequalität und die Langlebigkeit. Weiter wirft er die Stimmigkeit der Proportionen und die Funktionalität seiner Produkte in die Waagschale. Und schliesslich nennt Sutter die Zusammenstellung des Holzes als Bestandteil der eigenen Handschrift: Sutter leimt nicht willkürlich Holzstücke zu einem Tischblatt zusammen, sondern puzzelt, bis Maserungen und Verästelungen aufeinander passen bzw. ein Spiegelbild entsteht. Das dauert manchmal. Bei einem Tischblatt aus acht Teilen gäbe es theoretisch mehr Möglichkeiten als beim Lottospiel. Das Holz für seine Möbel – gefragt ist momentan vor allem Nussbaum – bezieht Sutter ausschliesslich aus der Schweiz. Auf seinen Möbeln steht Schweiz drauf, deshalb muss für den Jungunternehmer auch Schweiz drin sein.



Sutter ist aber längst nicht mehr nur Möbelschreiner, sondern nimmt ganze Innenraumgestaltungen vor. Auch hier ist ihm die Swissness ein Anliegen: Die Textilwaren bezieht er beispielsweise von Schweizer Partnern wie Intertime und Girsberger. Dieses Gesamtpaket ist für Sutter ein weiterer Grund für seinen Erfolg. Laut Sutter kommt es öfters vor, dass Leute seinen Laden an der Appenzeller Hauptgasse betreten und spontan etwas kaufen. Weil sie bei ihm finden, was sie andernorts vergebens gesucht haben. Sutters Kundenkreis umfasst denn auch weite Teile der Schweiz, vor allem in den Agglomerationen Zürichs sind seine Möbel beliebt. Der Jungunternehmer profitiert von Appenzell als Ausflugsort – und je länger je mehr von der Mund-zu-Mund-Propaganda.

Vieles schon erreicht – und noch nicht mal 30

Der junge Mann hat einen steilen Aufstieg hinter sich. Nach den gewonnenen Berufsweltmeisterschaften wagte er sich mit 22 Jahren in die Selbstständigkeit und beschäftigt heute, gut fünf Jahre später, zwölf Mitarbeitende. Dabei geholfen haben könnte Sutter, dass er schon immer wusste, welchen Beruf er ergreifen möchte: Thomas Sutter wollte immer Schreiner werden und Möbel aus Massivholz herstellen. Und selbstständig wollte er sein. Als Selbstständiger habe man die grösste Freiheit, das in der Berufslehre gelernte Handwerk in schönes Design umzusetzen.



Zum Abschluss präsentiert Sutter seine neuste Kreation, einen Freischwingerstuhl aus Holz. Hierfür hat er das Rad neu erfunden. Denn das freischwingende Element ist normalerweise aus Metall, weil das Material die richtigen Eigenschaften wie Flexibilität für diese Art Stuhl aufweist. Sutter wollte zeigen, zu was Holz in der Lage ist und hat so lange geprübelt, bis er den Freischwingerstuhl aus Holz herstellen konnte. Das Resultat ist verblüffend bequem und sehr stabil.

Mehr Informationen:

[Homepage Thomas Sutter](#)



Nationale Bildungsstandards müssen umfassender sein

09.09.2010 17:00

Im Zuge von HarmoS hat die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) der Öffentlichkeit die Nationalen Bildungsstandards präsentiert. economiesuisse unterstützt diese, fordert aber, dass die Schüler umfassender analysiert werden. Zudem müssen die Standards besser mit den Berufsverbänden abgeglichen werden.

Im Zuge von HarmoS werden Nationale Bildungsstandards eingeführt, die beschreiben, welche grundlegenden Kompetenzen die Schülerinnen und Schüler in Deutsch, Fremdsprachen, Mathematik und Naturwissenschaften erwerben sollen. Dabei handelt es sich explizit um Minimalziele – die Standards sind so gesetzt, dass ein Grossteil der Jugendlichen die Testaufgaben lösen kann. Fachleute haben nun erste Vorschläge ausgearbeitet. economiesuisse wurde von der EDK angefragt, eine Stellungnahme abzugeben.

economiesuisse begrüsst die Einführung von Basisstandards. Die Vorlage ist wissenschaftlich breit abgestützt und evaluiert worden. Sie muss jedoch in drei Punkten erweitert werden:

- Die Abgleichung der Standards mit denjenigen wichtiger Ausbildungs- sowie Berufsbildungsverbänden ist zu verstärken. Gerade für das 11. Schuljahr müssen die Zielsetzungen mit den Bedürfnissen der Berufswelt umfassend verglichen und angepasst werden.
- Die Orientierung einzig an Minimalzielen greift zu kurz. Economiesuisse fordert Tests, die die ganze Bandbreite der Kompetenzen analysieren. Definiert man nur Basisstandards, so riskiert man, dass sich die Kantone bzw. die Schulen einzig an diesen minimalen Zielen orientieren. Entsprechend würde eine Nivellierung nach unten stattfinden.
- Entscheidend ist zudem, dass das Bildungsmonitoring über eine nationale Evaluation hinaus geht. Die Kompetenzmessung muss auf Stufe Kanton herunter gebrochen werden können, damit die unterschiedlichen Bildungssysteme miteinander verglichen werden können.

Rückfragen:

philipp.bauer@economiesuisse.ch



Mehrwertsteuer: Inkonsequenter Entscheid der nationalrätlichen Wirtschaftskommission

09.09.2010 17:00

Die Wirtschaftskommission des Nationalrats hat beschlossen, die Vorlage zur Vereinfachung der Mehrwertsteuer an den Bundesrat zurückzuweisen. Dieser Entscheid ist unverständlich und inkonsequent. Die Mehrheit der Kommission verlangt vom Bundesrat eine Vorlage, welche die heutige Mehrwertsteuer zementiert und die Probleme noch verschlimmert.

2005, zehn Jahre nach Einführung der Mehrwertsteuer, war sich das Parlament einig: Die wichtigste Steuer des Bundes sollte radikal vereinfacht werden. Eine Bestandesaufnahme des Bundesrats hatte es zuvor an den Tag gebracht: Das Monster Mehrwertsteuer verschlingt jährlich Milliarden an administrativen Kosten und Volksvermögen. Das Parlament verlangte deshalb vom Bundesrat, die Probleme an der Wurzel zu packen. "Folgende Vorhaben", so der verbindliche Auftrag des Parlaments an den Bundesrat, fänden Unterstützung: "Erstens. Vereinheitlichung der Sätze und Abbau der Ausnahmen" (05.3466). Von all dem will die Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK-N) nun nichts mehr wissen. Gegen den Antrag einer Minderheit beschloss sie, die vom Bundesrat auftragsgemäss ausgearbeitete Vorlage zurückzuweisen und stattdessen eine neue Vorlage zu verlangen, welche die heutige Mehrwertsteuer im Wesentlichen zementiert und das Problem der Wettbewerbsverzerrungen sogar noch verschlimmert.

Für economiesuisse ist dieser Beschluss unverständlich und inkonsequent. Die gravierenden Probleme der Mehrwertsteuer sind ausgewiesen und dokumentiert. Der Bundesrat hat einen sehr detaillierten Lösungsvorschlag vorgelegt. Von der Rückweisung der Vorlage ist keine bessere Lösung zu erwarten. Der lange Katalog von Steuerausnahmen, den die WAK-N erneut vom Bundesrat fordert, und das Begehren, die Liste der extra tief besteuerten Leistungen gegenüber heute noch auszuweiten, lässt nur einen Schluss zu: Die Mehrheit der WAK-N ist weniger an Vereinfachungen und nachhaltigen Systemverbesserungen interessiert als an der Aufrechterhaltung von Privilegien und der kostspieligen Durchsetzung von Sonderinteressen. Eine Vorlage, wie sie die WAK-N fordert, hätte Steuerausfälle von über 600 Mio. Franken jährlich zur Folge.

Die Vereinfachung der Mehrwertsteuer führt vor allem bei den KMU zu einer substantiellen administrativen Entlastung, wie sie gegenwärtig von keiner anderen Reform zu erwarten ist. Breiteste Kreise der Wirtschaft unterstützen deshalb den Einheitssatz. Dieser nützt auch den Konsumenten, weil er zu tieferen Kosten führt und die Kaufkraft der privaten Haushalte stärkt. Die Vorteile einer einfachen, einheitlichen Mehrwertsteuer sind in einer sachlichen Beurteilung kaum zu bestreiten. economiesuisse erwartet vom Parlament, dass es auf den Rückweisungsentscheid zurückkommt und die längst fällige Grundsatzdiskussion der Mehrwertsteuer nun ohne weitere Verzögerung aufnimmt.

Rückfragen:

frank.marty@economiesuisse.ch



economiesuisse

ICC/ifo-Umfrage: Aufschwung setzt sich verlangsamt fort

09.09.2010 17:00

Die Weltwirtschaft erholt sich laut der aktuellen Konjunkturumfrage der Internationalen Handelskammer (ICC) und des ifo-Instituts weiterhin von der schlimmsten Rezession seit Jahrzehnten. Allerdings erlebten einige Regionen, besonders Nordamerika und Asien, ein gebremstes Wachstum. Außerdem zeigen sich zwischen den einzelnen Regionen deutliche Unterschiede bezüglich der Wachstumsaussichten. Befragt wurden 1103 Experten aus 116 Ländern.

Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V. ist eines der grössten Wirtschaftsforschungsinstitute Deutschlands und ist in der Analyse der Wirtschaftspolitik tätig. Seit 1981 führt die Internationale Handelskammer (ICC) zusammen mit dem ifo Institut pro Quartal eine Umfrage zum Wirtschaftsklima und anderen ökonomischen Fragen in verschiedenen Ländern durch. Seit gut acht Jahren veröffentlichen ICC und ifo vierteljährlich Umfrageergebnisse zum Weltwirtschaftsklima.

Laut den aktuellen Daten fiel der Wirtschaftsklima-Indikator weltweit leicht von 104,1 Punkten im zweiten Quartal 2010 auf 103,2 im dritten Quartal. Hauptursache dafür ist die Abnahme der Indizes in den wichtigen Regionen Nordamerika und Asien. Insgesamt ist jedoch eine erhebliche Steigerung zu verzeichnen. Bewirkt wurde diese durch die Entwicklung im dritten Quartal 2009, als der Weltwirtschaftsindikator 79,6 Punkte erreichte.

Westeuropa, das nach den Ergebnissen der letzten Studie einzubrechen schien, zeigte diesmal überraschende Stärke. Deutschland ist mit seiner erhöhten Exportquote der Wachstumsmotor der EU. Allerdings werden die Aussichten für Europa gedämpft durch den starken Konjunkturrückgang in Griechenland und durch weiterlaufende Restrukturierungsprogramme in Spanien, Portugal und Irland.

Von besonderem Interesse für die ICC waren die Prognosen für den grenzüberschreitenden Handel und für ausländische Direktinvestitionen. Hier zeigt die Umfrage, dass sich der private Konsum – Schlüssel zu Wachstum – aufgrund der hohen Arbeitslosenquoten noch nicht erholt hat. Der fehlende Zugang zu Handelsfinanzierungen in Ländern wie Spanien, Bulgarien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Rumänien schränkte den Handel gleichfalls ein. Beide Faktoren – zusätzlich zu protektionistischen Maßnahmen in etlichen Ländern – trüben die Aussichten für Handel und Investitionen ein wenig.

Mehr Informationen:

[ICC Schweiz](#)

Rückfragen:

thomas.pletscher@economiesuisse.ch